



**Protokoll der 34. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 24. August 2022, 18:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Samuel Kienast

**Namensaufruf:** 33 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderätin Lisa Badertscher, Gemeinderat Ivo Begic, Gemeinderat Stefan Leuthold, Gemeinderätin Klaudia Peyer, Gemeinderat Christoph Regli  
  
Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler

**Mitanwesend:** Stadtpräsident Anders Stokholm, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

**Gemeinderatssekretär:** Giuseppe D'Alelio

- - -

**Traktanden**

- 176 Mitteilungen
- 177 Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2022
- 178 Protokoll der Sitzung vom 6. Juli 2022
- 179 Reglement über die Errichtung und den Betrieb von Fernwärmeversorgungen; 2. Lesung  
*Detailberatung, Beschlussfassung*
- 180 Botschaft Nr. 39 «Thurplus; Kreditfreigabe von 620'000 Franken für den Bau der Photovoltaikanlage auf dem Dach des Neubaus Hallenbad Frauenfeld»  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Dame und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie und geschätzte Medienvertreter, ich hätte heute nur zu gern den Wanderpokal der städtischen Fussball-Champions hier auf dem Bock präsentiert, aber trotz tapferem Kampf ging das Spiel leider mit 3 zu 6 Toren an die Verwaltung. Grundsätzlich sind wir alle natürlich sehr an einer guten und erfolgreich funktionierenden Verwaltung interessiert, in fussballerischer Hinsicht dürfte nun aber doch wieder einmal ein Sieg des Gemeinderats folgen – vielleicht nächstes Jahr. Ich bitte einfach alle Parteien, hinsichtlich zukünftiger Spiele beim Aufstellen der Kandidaten für die Wahl im Frühling das fussballerische Können zu priorisieren, damit wir den Pokal dann das nächste Mal in den Ratssaal holen können. Dafür dürfen wir uns ja hier in Frauenfeld und Umgebung über europäisches Edelmetall freuen. Wir gratulieren den Radfahrern Stefan Küng und Stefan Bissegger aus Frauenfeld bzw. Felben zu ihrer Silber- und Goldmedaille im Zeitfahren und dem Schwimmer Antonio Djakovic, der seine Schwimmkarriere hier im Schwimmclub Frauenfeld lancierte, zu den zwei Silbermedaillen über 200 und 400 Meter Freistil. Das sind fantastische Leistungen, die uns freuen, stolz machen und inspirieren.

Hinter jedem sportlichen Erfolg, aber auch sonstigen Erfolg steht viel Arbeit, so auch die hinter unseren heutigen Geschäften. Da steht viel Arbeit von Thurplus. Mit den heutigen Entscheiden gestalten wir die Zusammenarbeit zwischen Politik und Stadtwerken. Dazu habe ich eine kleine Geschichte über Arbeitsteilung aus einem anderen Sektor. Ein Weinbauer hat einen recht verwilderten Weinberg übernommen. Nach einem Jahr schaut der Pfarrer vorbei und meint anerkennend: «Da Haben Sie aber mit Hilfe des Herrgotts Erstaunliches geleistet.» Da antwortet der Bauer: «Da haben Sie recht. Sie hätten den Weinberg sehen sollen, als der Herrgott die Arbeit noch allein machte.»

Nun wollen wir uns auch gleich an die Arbeit machen, dazu noch einen biblisch-tierischen Ratsschlag aus Sprüche 6.6: Da steht: Gehe hin zur Ameise, du Fauler, siehe ihre Wege an und werde weise. – Seien wir also fleissig und weise wie die Ameisen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Und bevor der Ratssekretär Giuseppe D'Alelio den Namensaufruf vornimmt, nehme ich noch vorweg, dass Stadträtin Elsbeth Aepli sich entschuldigen musste, sie weilt in den Ferien.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Ratspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 33 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

## 176

### MITTEILUNGEN

#### **Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):**

1. Die Protokolle der Sitzungen vom 23. Juni und vom 6. Juli wurden am 30. Juni bzw. am 9. August im Dossierbrowser hochgeladen; es sind bisher keine Änderungswünsche eingetroffen, wir werden über sie noch beschliessen.
2. Mit Beschluss Nr. 244 vom 19. Juli 2022 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 40 «Überführung von Liegenschaften vom Landkreditkonto ins Verwaltungsvermögen und das ordentliche Finanzvermögen der Stadt Frauenfeld» zuhanden des Gemeinderats verabschiedet.

3. Mit Beschluss Nr. 206 vom 19. Juli 2022 hat der Stadtrat die Abstimmungsbotschaft für die Volksabstimmung vom 25. September 2022 betreffend «Objektkredite für die Realisierung der Fernwärme West und der Fernwärme Altstadt» verabschiedet.

Wir begrüßen Gemeinderat Heinrich Christ, wir sind somit 34 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte; das absolute Mehr beträgt damit 18.

4. Anmeldungen zur Polit-Trophy am Frauenfelder Stadtlauf vom nächsten Samstag sind spontan noch möglich. Und wer es etwas gemütlicher mag, kann am 17. September beim Zweistundenlauf mitmachen.
5. Gemeinderätin Renate Luginbühl und Gemeinderat Stefan Geiges haben heute ihre letzte Sitzung im Gemeinderat. Beide haben heute noch Ratsarbeit. Renate Luginbühl wird während der Sitzung nochmals die Stimmen zählen und wir alle werden noch ein letztes Mal das Vergnügen haben, mindestens ein Votum von Gemeinderat Stefan Geiges anzuhören. Darum werde ich euch auch erst nach getaner Arbeit am Schluss der Sitzung verabschieden. Ich hoffe, ihr genießt das heutige Ratsgeschehen nochmals in vollen Zügen.

**177**

#### **PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 22. JUNI 2022**

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Wie schon gesagt, wurde das Protokoll am 30. Juni 2022 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind keine Änderungswünsche eingegangen. Wird das Wort zu diesem Sitzungsprotokoll doch noch gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten herzlich für das Verfassen des Protokolls.

**178**

#### **PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 6. JULI 2022**

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Das Protokoll wurde am 9. August aufgeschaltet, auch hier sind keine Änderungswünsche eingegangen. Wünscht jemand das Wort zu diesem Protokoll? – Auf das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist auch dieses Protokoll stillschweigend genehmigt und ich verdanke auch dieses ganz herzlich.

**179**

#### **REGLEMENT ÜBER DIE ERRICHTUNG UND DEN BETRIEB VON FERNWÄRMEVERSORGUNGEN, 2. LESUNG**

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Die Fassung mit den Anpassungen der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli, die am 7. Juli im Dossierbrowser aufgeschaltet wurde, ist die Grundlage für diese Diskussion. Die GPK Bau und Werke hat keine Änderung beantragt, es sind auch sonst bis jetzt bei mir keine Anträge zu Änderungen eingetroffen. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Da wir die Eintretensdebatte schon an der letzten Sitzung geführt haben, können wir gleich zur 2. Lesung gehen. Wir werden das Reglement nicht Artikel um Artikel durchgehen, sondern falls jetzt noch ein Antrag käme, müsste dieser mir jetzt schriftlich vorgelegt werden, und man sollte dann bitte Seite und Artikel nennen, damit wir miteinander direkt zu diesem Artikel gehen und ihn diskutieren können. Im Anschluss werden wir die Gesamtabstimmung vornehmen, bevor das Reglement an die Redaktionskommission überwiesen wird. Sind Sie mit

diesem Vorgehen einverstanden? – Dem Stillschweigen entnehme ich, dass dies der Fall ist. So kommen wir damit direkt zur Detailberatung.

## **DETAILBERATUNG**

**Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Wie Sie ja gehört haben, hat sich an der Haltung der GPK Bau und Werke dem Reglement gegenüber seit der letzten Gemeinderatssitzung nichts verändert. Ich möchte dennoch in der Detailberatung auf gewisse Punkte Bezug nehmen, welche auch in der letzten Gemeinderatssitzung zu Diskussionen geführt haben.

Stichwort Tarifrahmen: Die Fraktion SP hat an der Gemeinderatssitzung den Punkt 2 in der Botschaft auf Seite 3 bemängelt. Da steht: «Das Parlament bestimmt im Reglement den oder die Tarifrahmen. Die konkreten Tarife werden innerhalb des reglementarisch vorgegebenen Rahmens dann von der Exekutive festgelegt. Sollte der Rahmen nicht mehr genügen, wäre das Parlament wiederum miteinzubeziehen.» In der GPK wurde die Frage gestellt, ob da eine Diskrepanz zwischen der Verordnung und dem Reglement vorliege. Stadtrat Fabrizio Hugentobler und Peter Wieland konnten dies widerlegen, da der Begriff Tarifrahmen missverstanden wurde. Sie verweisen auf das Rechtsetzungskonzept mit den drei Ebenen der Reglementstruktur. Der Gemeinderat beschliesst das vorliegende Reglement über die Errichtung und den Betrieb von Fernwärmeversorgungen, der Stadtrat entscheidet über die Verordnung der Fernwärmeversorgung, und die Gebührentarife obliegen Thurplus. In diesem Fall ist der Reglementsrahmen oder eben der Tarifrahmen darauf ausgerichtet, dass Thurplus nur im Stadtgebiet tätig sein darf. Sollte dieser Tarifrahmen geändert werden, in dem beispielsweise eine Aussengemeinde angeschlossen werden soll, muss das Parlament darüber befinden und das Reglement entsprechend angepasst werden. Der Tarifrahmen bezieht sich somit nicht auf die Franken- und Rappenbeträge. Diese Gebührentarife sollen explizit von Thurplus bestimmt werden können, da sie in einem schnelllebigem Wettbewerb stehen und die Tarife flexibel sein müssen. Somit muss im Rat auch nicht über die Tarifstruktur diskutiert werden, da diese voll und ganz bei Thurplus liegt.

Zur vorliegenden Botschaft gibt es von unserer Seite keine weiteren Ergänzungen. Zum vorliegenden Reglement gab es von Seiten der GPK auch keine weiteren Änderungsvorschläge. Alle bewilligten Anträge aus der letzten Gemeinderatssitzung wurden integriert und ins vorliegende Reglement aufgenommen. Auch das Inhaltsverzeichnis wurde vervollständigt.

Einzig zum Art. 26 Abs. 3 wurde die Anpassung nochmals kurz diskutiert. «Im Brandfall, bei Gebäudeabbruch oder bei Elementarschäden werden bezahlte Anschlussgebühren angerechnet, wenn innert fünf Jahren mit dem Neubau begonnen wird.» In der Gebäudeversicherung gehört der Brandfall explizit nicht zu Elementarschäden und ist daher in diesem Reglement separat zu erwähnen.

Die GPK stimmt dem Reglement über die Errichtung und den Betrieb von Fernwärmeversorgungen mit den an der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli beschlossenen Änderungen und ohne weitere Änderungen seitens der GPK Bau und Werke einstimmig zu.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Wir haben die 2. Lesung in der letzten Sitzung ja entsprechend beantragt. Nun ja, eine Mehrheit ist mit uns gegangen und wir haben auch Forderungen an den Stadtrat gestellt, welche Dinge bis zur GPK-Sitzung vorliegen sollen. Leider wurden vom zuständigen Stadtrat die geforderten Erklärungen und Zahlen nicht geliefert. Dadurch und durch den unglücklichen Zeitrahmen gleich nach den Ferien wurde aus unserer Sicht die vertiefte Diskussion in der GPK zumindest teilweise verunmöglicht. Weiterhin ist für uns die Erklärung, dass der Tarifrahmen, so wie er im Reglement steht und auch in der Botschaft gemeint ist, nicht schlüssig. Somit sind wir nach wie vor der Meinung, dass dieser Rat seine demokratischen Rechte zu leichtsinnig aus der Hand gibt. Die sogenannte Marktgängigkeit kann vieles heissen, gerade in Zeiten von steigenden Energieprei-

sen. Da in der GPK aber keine unterstützenden Voten in diese Richtung kamen, sehen wir von einem Antrag ab. Ein Eingreifen oder eine Kontrolle von uns Volksvertretenden ist somit eigentlich unmöglich. Wir können dem Reglement so nicht vorbehaltlos zustimmen. Schade, denn die Sache finden wir noch immer gut.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Zuerst entschuldige ich mich in aller Form für meine Verspätung. Ich kann nicht einmal eine gute Ausrede dafür bringen, ich habe einfach schlecht geplant und meine sportlichen Fähigkeiten für den Weg zwischen der Kartause und hierher masslos überschätzt.

Wir waren froh um eine Gelegenheit für eine 2. Lesung. Wir glauben ganz allgemein, dass eine 2. Lesung in gewissen Fällen und vor allem bei grösseren Geschäften Sinn und Schule machen könnte. Mit Blick auf das aktuelle Geschäft müssten wir vielleicht noch lernen, etwas produktiver mit dieser Chance umzugehen – mein Vorredner ist schon darauf eingegangen.

In der GPK konnte das Thema Tarifrakmen nochmals aufgegriffen werden. Die GPK zeigte sich mit den Erklärungen, dass man dabei, anders als aus der Botschaft vielleicht zu verstehen, nur an eine formale Übertragung und an eine Bestimmung des geographischen Rahmens dachte, zufrieden. Ergänzend erhielten die GPK-Mitglieder offenbar Einblick in den Entwurf der entsprechenden stadträtlichen Verordnung, die im Reglement in Artikel 34 angekündigt wird, und auch im Entwurf für das Gebührenreglement. Bedauerlicherweise gingen diese Dokumente nicht an die übrigen Gemeinderatsmitglieder, und nach meiner Kenntnis sind diese Dokumente auf dem Dossierbrowser nicht zugänglich. Ein Teil unserer Fraktion wird dem Plazet der GPK folgen, ein anderer Teil der Fraktion ist damit nicht zufrieden. Sie hätten sich in der GPK in Zusammenarbeit mit der Stadt eine Konkretisierung von Artikel 11 und anderen relevanten Artikeln im Zusammenhang mit der Tarifffrage gewünscht. Diese Gruppe wird ihre Bedenken in der weiteren Diskussion noch detaillierter zur Sprache bringen.

**Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Nach der Glanzleistung gemeinderätlicher Arbeit an der Sitzung vom 6. Juli mit zum Teil wirren inhaltlichen Exzessen und dem Beschluss zur Durchführung einer 2. Lesung des vorliegenden Reglements stehen wir heute da, wo wir bereits vor 7 Wochen standen. Zwar nicht ganz, uns liegt ja jetzt eine Version mit Inhaltsverzeichnis vor. Die Fraktion FDP ist auch nach 7 Wochen Ratsunterbruch immer noch gleicher Meinung, dass für die Geschäftstätigkeit von Thurplus in den neuen Geschäftszweigen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden müssen. Wir begrüssen es daher, dass der Stadtrat ein neues, für beide aktuellen und auch künftigen Fernwärmeringe einheitliches Reglement, das für alle Involvierten in diesem Bereich Rechtssicherheit bringen wird, vorlegt. Inhaltlich ist die Fraktion FDP einverstanden mit den vorliegenden Ausführungen. Die Fraktion FDP wird das vorliegende Reglement einstimmig annehmen.

**Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** An unserer letzten Sitzung haben wir verschiedene Änderungen am Reglement vorgenommen. Diese tragen wir mehrheitlich mit. Lediglich bei der Tarifierung ist für uns gemäss Botschaft Seite 3 Absatz 2 nicht ganz klar, wie das Parlament in welchem Reglement den Tarifrakmen bestimmen kann. Dazu hätten wir vom zuständigen Stadtrat gern nochmals das genaue Prozedere erklärt bekommen. In der Schlussabstimmung wird unsere Fraktion das Reglement mehrheitlich unterstützen.

**Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im eigenen Namen:** Wir haben es bereits von der SP-Fraktion gehört, das Reglement über die Fernwärmeversorgung ist mangelhaft. Konkret geht es eigentlich noch um einen einzigen Punkt, nämlich um die Übertragung von Rechtsetzungskompetenzen vom Gemeinderat an den Stadtrat im Bereich der Tarifgestaltung.

Worum geht es hier? Der Gesetzgeber, das sind wir, das ist der Gemeinderat, hat bei den Tarifen die Grundsätze festzulegen, während sich der Stadtrat als Ordnungsgeber um diejenigen

Fragen zu kümmern hat, die besondere Fachkenntnisse oder ein flexibles Vorgehen verlangen. Dabei ist unbestritten – ich denke auch hier im Saal –, dass die Festlegung der Rahmenbedingungen für die Gebühren bei Elektrizität, Gas und Fernwärme mit Blick auf die Knappheit dieser Ressourcen und den Klimawandel von zentraler Bedeutung ist. Hier stehen in nächster Zeit wichtige Entscheidungen an, über die wir täglich in den Medien lesen können. Ebenso ist unbestritten, dass Tarifregelungen, die sich laufend an veränderte Verhältnisse anpassen müssen – Stichwort Energiemarkt – zweckmässigerweise nicht in einem Reglement des Gemeinderats, sondern in einer Verordnung des Stadtrats getroffen werden. Es ist also richtig, Frankenbeträge haben in diesem Reglement nichts zu suchen.

Warum ist diese Unterscheidung von Reglement und Verordnung so wichtig? Die Delegation von Rechtsetzungskompetenzen, d. h. von unseren ureigenen Kompetenzen hier im Rat an den Stadtrat ist eine Durchbrechung des Grundsatzes der Gewaltenteilung und ist immer auch eine Einschränkung der demokratischen Rechte. Die Delegation ist deshalb nur zulässig, wenn die strengen Voraussetzungen eingehalten werden, die das Bundesgericht dazu entwickelt hat.

Erste Voraussetzung, die absolut zentral ist: Die Delegationsnorm muss im Reglement – Gesetz – enthalten sein. In unserem Reglement, das wir heute diskutieren, findet sich jedoch kein Wort darüber, dass der Gemeinderat den Stadtrat ermächtigt, Tarife bei der Fernwärme festzusetzen. Dass dies so vorgesehen ist, ergibt sich lediglich aus der Botschaft des Stadtrats, Sie können das auf Seite 3 nachlesen. Das genügt selbstverständlich nicht, denn Aussagen in der Botschaft haben überhaupt keine rechtssetzende Bedeutung und sind zudem auch nicht referendumsfähig. D. h., ich kann nicht ein Referendum ergreifen, wenn ich mit diesem Konzept nicht einverstanden bin, weil es so in der Botschaft steht. Es bleibt somit dabei, in diesem Reglement fehlt eine Delegationsnorm.

Wie es richtig geht, wie man das eigentlich korrekt anpacken sollte, hat der Stadtrat mit dem Reglement über den Tarif für die Abgabe von Erdgas und Biogas gezeigt. Wir haben dieses Reglement erst vor zwei Jahren in diesem Rat beschlossen, das war 2020. In diesem Reglement ist in Artikel 15 präzise umschrieben, welche Kompetenzen der Stadtrat bei der Festlegung der Tarife hat. So darf er zum Beispiel die Tarife anpassen, wenn die Lieferanten ihre Preise ändern. So steht es in diesem Reglement betreffend Gas. Eine vergleichbare Regelung findet ihr im Reglement über den Tarif für die Abgabe von Strom. Der ist etwas älter, aber auch dort ist dieser Mechanismus korrekt und richtig abgebildet. Warum der Stadtrat im aktuellen Reglement von dieser Praxis abweicht, kann ich mir nicht erklären.

Ich möchte weiter darauf hinweisen, dass das nicht nur eine juristische Debatte ist. Das Fehlen einer Delegationsnorm kann für Thurplus erhebliche rechtliche Risiken beinhalten. Ich mache ein Beispiel dazu: Irgendwann, wenn unsere Fernwärmenetze am Laufen sind, kann ein unzufriedener Kunde später geltend machen, der Stadtrat sei gar nicht befugt, diese Tarife festzulegen oder zu ändern. Dies kann dazu führen, dass die angerufene Rechtsmittelinstanz, zum Beispiel das Verwaltungsgericht, dann entscheidet, die Rechnung aufzuheben, weil sie schlicht auf einem fehlerhaften Tarifreglement beruht.

Ich komme zur zweiten Voraussetzung, die mir noch fast wichtiger ist, die leider hier auch nicht eingehalten ist, und das ist das Thema, das Pascal Frey auch schon angesprochen hat. Ich möchte das noch etwas ausführen. Die Höhe der Gebühren muss in den Grundzügen im Reglement festgelegt werden. Interessanterweise sieht der Stadtrat das auch so. Er schreibt nämlich auf Seite 3 seiner Botschaft, dass das Parlament im Reglement den Tarifrahmen bestimmt. Nur, wenn ihr das Reglement durchlest, sucht ihr vergeblich nach einem solchen Tarifrahmen. Den gibt es in diesem Reglement schlicht und einfach nicht. Ich sage einfach aus der Sache heraus, es ist relativ einfach, wenn wir von einem Rahmen sprechen, dann hat der eine untere und eine obere Grenze, das gehört einfach zu einem Rahmen. Wenn etwas davon fehlt, ist es kein Rahmen.

Schauen wir uns doch genauer Artikel 11 dieses Reglements an. Man kann sagen, dort lässt sich mit einer wohlwollenden Betrachtung eine Untergrenze der zulässigen Fernwärmegebühren herauslesen. Und zwar ist es der Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit, der dort angesprochen wird. Und dieser Begriff, das muss ich dem Stadtrat zugutehalten, ist in Artikel 9 des Reglements über die Rechtstellung und die Aufgaben der Werkbetriebe präzisiert. Dort haben wir eine Grundlage, was Eigenwirtschaftlichkeit bedeutet. Wie das in unserer Stadt definiert ist, kann man dort nachlesen. Was jedoch völlig offen ist, und das wurde auch von Seiten der SVP angesprochen, ist natürlich die Obergrenze. Wo ist jetzt die Obergrenze, wenn es um eine Veränderung des Fernwärmetarifs geht? In Artikel 11 ist sehr vage von möglichst marktgängigen Preisen die Rede. Das ist nun mit Verlaub kein taugliches Begrenzungskriterium, sondern ein Blankoscheck an den Stadtrat, Tarife praktisch beliebig festsetzen zu können. Mit dieser Formulierung haben wir als Gemeinderat keine Chance mehr, bei der Festlegung der Tarife je wieder strategisch mitreden zu können. Mit Ausnahme des Beispiels, das wir gehört haben, aber das ist nicht relevant, nämlich wenn das Versorgungsgebiet geändert wird. Das ist ein Nebenschauplatz, es geht natürlich im Kern immer um die Frage der Tarifhöhe.

Warum könnte es denn notwendig werden, dass wir strategisch eingreifen? Ich will auch hier ein Beispiel nennen. Ich glaube, niemand von uns weiss, mit welchen Veränderungen wir im Energiemarkt in den nächsten Jahren zu rechnen haben. Ich nehme das Beispiel, der Energiemarkt wird wieder einmal gründlich durchgerüttelt und die Versorgung mit Fernwärme für die Leute, die sich angeschlossen haben, hat eine durchaus existenzielle Bedeutung, sei dies für einen Gewerbebetrieb oder einen privaten Haushalt. In solchen Situationen müsste der Gemeinderat die öffentlichen Interessen wahrnehmen können, zum Beispiel mit einer Begrenzung der Tarife. Es geht in dieser Diskussion also darum, unsere politische Handlungsfähigkeit bei der Energieversorgung zu erhalten. Dafür müsste eine nachvollziehbare Obergrenze im Reglement eingefügt werden. Dies kann zum Beispiel geschehen, indem man in einer Bestimmung festhält, der Gemeinderat hat die Kompetenz, den Fernwärmetarif zu genehmigen, wenn der Tarif zum ersten Mal festgesetzt wird. Das ist der Prozess, der jetzt dann kommt, die erstmalige Festsetzung des Tarifs. Zweiter Punkt: Der Gemeinderat erhält die Kompetenz, den Fernwärmetarif zu genehmigen, wenn eine Tarifierhöhung einen bestimmten Schwellenwert überschreitet. Wie gesagt, es geht hier nicht darum, in die Feinmechanik einzugreifen. Über diesen Schwellenwert können wir diskutieren, wie gross der sein sollte, bevor eine mögliche Handlungsoption für den Gemeinderat geschaffen wird.

Ich bedaure es sehr, dass solche Lösungen weder im Stadtrat noch in der GPK diskutiert worden sind, obwohl sie ja dazu in der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli eindringlich aufgefordert worden sind. Ich appelliere an euch, diesem Reglement nicht zuzustimmen. Damit erhält der Stadtrat eine zweite Chance, die genannten Mängel bei der Delegation der Tarifkompetenzen zu beheben. Die Verzögerung, die dadurch entsteht, sehe ich nicht als Problem an. Die Abstimmung über die Kredite kann selbstverständlich über die Bühne gehen. Es geht wie gesagt um eine einzige Bestimmung, den Artikel 11, der neu und in Übereinstimmung mit unseren Rechtsgrundsätzen formuliert werden müsste. Der Rest des Reglements ist unbestritten. Wir alle wollen eine gute Fernwärmeversorgung, wir haben das heute Abend gehört. Damit diese funktioniert, braucht sie ein solides rechtliches Fundament. Heute Abend ist die letzte Gelegenheit, hier die Notbremse zu ziehen.

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Ich bin weder da, um Lehrmeister zu spielen oder sonst etwas, ich bin erstaunt. Wir hatten zwei GPK-Sitzungen. Sämtliche Fraktionen sind in dieser GPK vertreten. Die Argumente, die heute zum zweiten Mal gebracht wurden, kann ich sogar nachvollziehen, aber es ist nichts bis zur GPK gedrungen. Ich sehe es nicht als Pflicht für mich als GPK-Präsident, dass ich mir alles merke, was ich heute Abend gehört habe. Ich bin der Meinung, es ist völlig unverständlich, warum wir eine GPK-Sitzung machen und man das Wissen oder die Ansichten, die ich heute Abend gehört habe, dort nicht diskutieren kann. Das ist für mich völlig unverständlich.

Um was geht es eigentlich? Ich als Unternehmer müsste der sein, der dieses Reglement am ehesten verbieten würde. Jetzt haben wir ein Unternehmen geschaffen. Wir haben Thurplus zu einem Unternehmen gemacht, welches etwas macht, was auch ein Privater machen könnte. Ich als Unternehmer müsste der sein, der sagt: «Nein, ich will das nicht. Thurplus soll schauen, dass es Gas, Wasser und Strom gibt, dann ist die Sache erledigt, den Rest machen wir in der Wirtschaft.» Warum haben wir das gemacht? Wir haben es aus dem Grund gemacht, weil wir alle hier drin – jeder auf seine Art – von Klimaschutz reden. Jeder auf seine Art. Wir haben gesagt, wir wollen als Stadt Frauenfeld etwas zum Klimaschutz beitragen. Was hat die Stadt Frauenfeld, was hat Thurplus gemacht? Sie hat eine Lösung gesucht, und das auch noch wirtschaftlich. Sie haben es gelesen, es gibt keine Pflicht, sich an der Fernwärme anzuhängen, es ist freiwillig. Sie haben sich auch dem Konkurrenzkampf ausgesetzt und haben eine Lösung gesucht, dass jeder, der vernünftig ist, sich dem Fernwärmenetz, für welches das Reglement die Grundlage ist, freiwillig anhängen könnte. Vielleicht kommt der Rat einmal noch auf die Idee, es verpflichtend zu machen. Dann bin ich auch bei den Voten, die ich heute von Kollege Wetli gehört habe. Denn dann bin ich der Meinung, braucht es eine obere Grenze, sonst ufert es vielleicht aus. Ich finde das wahnsinnig toll. Was ist denn der Grundgedanke? Der Grundgedanke dieses Systems des Fernwärmerings ist, dass nicht jeder selber bohrt und selber Strom braucht. Sondern wir haben eine Energie und mit ganz wenig Strom bringen wir das in die Häuser, wo wir es brauchen. Damit sparen wir extrem viel Strom. Und was haben wir heute den ganzen Tag diskutiert? Wir haben keinen Strom mehr oder zu wenig Strom. Jeder kauft ein Notstromaggregat. Das kann ich nicht verstehen. Ich verstehe nicht, dass wir heute Abend das jetzt in der 2. Lesung diskutieren, ich bin aber auch der Meinung, dass Reglement kann man so, wie es ist, durchwinken. Ich bin der Meinung, wenn wir wirklich schlauer werden, kann man es auch ändern und daraus klüger werden. Aber noch einmal: Es geht darum, wir haben eine neue Thurplus. Das hat nichts damit zu tun, dass sie uns automatisch Wasser und Strom liefern müssen und unsere Grundversorgung machen müssen. Wir haben sie als AG aufgestellt. Etwas, was mich als Unternehmer eigentlich stören müsste, wo ich aber das Gefühl habe, da kann auch ich als Unternehmer dazustehen. Denn es ist wirklich Klimaschutz pur. Das ist meine Meinung zu dieser Geschichte und ich würde Ihnen empfehlen, dass Reglement heute anzunehmen. Und wenn es noch ein paar Schwächen hat, dann hat es diese Schwächen. Es ist unverständlich, dass diese Schwächen so schwach sein sollen, dass wir es jetzt ablehnen müssen und vorher haben wir schon X-Mal darüber gesprochen.

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im eigenen Namen:** Wenn es um den Klimaschutz und um den Nutzen dieser Fernwärmeringe geht, bin ich ganz bei Kollege Geiges. Aber ich habe unterdessen ein so schlechtes Gefühl zu diesem Reglement. Im Speziellen das Votum von Kollege Wetli hat für mich das Fass zum Überlaufen gebracht und mich bewogen, meine Meinung zu ändern. Das ist auch der Grund, warum ich, der in der GPK in der 1. Lesung dafür gestimmt hat, jetzt hier stehe. Es ist ein schlechtes Gefühl, welches ich jetzt schon lange habe und dieses hatte ich eigentlich schon bei allen Energiegeschäften, die wir hatten. Das Gefühl, welches ich habe, ist das, dass wir unter dauerndem Zeitdruck sind. Beim Gasgeschäft war es irgendeine Bundesverordnung und wir mussten pressieren, weil Thurplus sonst im rechtsfreien Raum agiert hätte. Auch dort hätten wir uns vielleicht ein bisschen mehr Zeit lassen müssen. Dann das schlechte Timing über Ferienzeiten wurde auch schon genannt. Oder manchmal gibt es eine mediale Berichterstattung, die das Feld ebnet und uns auch unter Druck setzt. In der GPK, aber vielleicht auch euch in den Fraktionen. Manchmal werden schon Abstimmungstermine angekündigt, manchmal werden die Traktanden der Gemeinderatssitzungen gleich nach der GPK-Sitzung bekanntgegeben, obwohl man das gar noch nicht müsste, und verhindert 2. Lesungen. Und dann gibt es jeweils an der GPK-Sitzung noch ergänzende Unterlagen, die mich nötigen, spontan entscheiden zu müssen. Ich finde das extrem schwierig und ich fühle mich da zum Teil auch überfordert, auch in diesem Fall. Ich finde, wir haben in der GPK unseren Job nicht so gut gemacht und auch ich habe meinen Job dort nicht so gut gemacht. Ich habe es gesagt, ich fühle mich da überfordert. Ich fühle mich aber auch vom Stadtrat schlecht und ungenügend informiert. Es gab doch dort einen Juristen. Warum hat der Jurist diese Offensichtlichkeit nicht gemerkt? Das sind die Gründe, die mich jetzt dazu bewogen haben, das Reglement abzulehnen, damit wir es rich-



tig machen können. Dem finanziellen Teil der Fernwärmegeschichte behindert es ja nicht, aber wir brauchen eine richtige Grundlage, wie Kollege Wetli das gesagt hat.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Vor 104 Tagen wurde die Botschaft an den Gemeinderat überwiesen und vor 49 Tagen anlässlich der ersten Lesung wurde dem Reglement ein Artikel hinzugefügt und sechs zusätzliche Wörter resp. zwei bis drei Wörter ersetzt. Mit diesen Anpassungen ging es dann in die zweite Lesung. Wir sind tatsächlich auch davon ausgegangen, dass nach der ersten GPK-Sitzung und der zweiten GPK-Sitzung wir die Informationen wunschgemäss weitergegeben haben.

Bei diesem Reglement sind wir auch neue Wege gegangen, das stimmt. Wir haben aber ganz konkret und offen darüber informiert in den GPKs, dass dies eine Änderung der bisherigen Praxis ist. Ich kann Ihnen auch sagen, das angesprochene Gasreglement, welches wir erst vor anderthalb Jahren verabschiedet haben, wurde bereits durch unsere Verifizierungsstelle bemängelt und dass wir es wieder anpassen müssen. Es ist schnelllebig, der Markt spielt und der Aufwand dafür für uns alle ist nicht zu unterschätzen. Deshalb sind wir beim Wärmereglement einen neuen Weg gegangen, weil dies uns neue Möglichkeiten bietet und diese Abstufung zu Flexibilität führt. Die Gründe dafür hat der GPK-Sprecher bereits ausgeführt.

Gemeinderat Frey hat gesagt, wir hätten Zahlen nicht geliefert. Wir haben in der zweiten GPK-Sitzung nochmals explizit ausgeführt und zum Abschluss dieser Sitzung gefragt, ob noch Fragen offen seien. Dies wurde einstimmig verneint.

Gemeinderat Christ hat gesagt, wir sollten produktiver mit der Chance der zweiten Lesung umgehen. Sie stellen aber selber fest, dass die GPK sich mit den Ausführungen zufrieden zeigt. Ich und wir gehen davon aus, dass in einer GPK, wo ja alle Fraktionen vertreten sind, eigentlich zusätzliche Anträge, zusätzliche Wünsche eingebracht werden, und ich denke, die 50 Tage zwischen erster und zweiter Lesung hätten ausgereicht, dies zu tun.

Bei den Ausführungen von Gemeinderat Wetli haben meine Stenokenntnisse nicht ausgereicht, das alles mitzuschreiben. Im Wesentlichen, auch wenn er jetzt gerade über die Weiterführung diskutiert, wird uns gesagt, wir würden die demokratischen Rechte durchbrechen und es fehle eine Delegationsnorm. Der Gemeinderat hat die Kompetenz, wenn der Tarif festgelegt wird. Unser Jurist, der uns beraten hat – der auch andere, grössere Städte beraten hat – hat uns dieses Reglement erstellt und aus unserer Sicht optimal erstellt. Nun wird das anlässlich der zweiten Lesung infrage gestellt. Möglicherweise gibt es verschiedene Ansichten, wenn verschiedene Juristen das jetzt beleuchten.

Der angesprochene Artikel 11 hätte konkret auch als Antrag formuliert werden können, dann hätte man darüber befinden und nicht unserer Botschaft folgen können.

Ich höre die unterschiedlichen Voten, ich meinte, das Reglement ist ausgegoren, kann geändert werden, wie wir es jetzt auch machen müssen. Das schlechte Gefühl, das Gemeinderat Pöll jetzt beschleicht, und er sei unter dauerndem Zeitdruck gestanden – ich meine, es hat eher mit der Überforderung an Informationen zu tun, und zwar mit den Informationen zu diesem Thema. Sie fühlen sich schlecht und ungenügend informiert. Ich denke, das geht fast allen hier drin so. Ganz ehrlich gesagt, die 104 Tage haben wir als ausreichend erachtet. Wenn das zu wenig war und ungenügende Informationen in der GPK, obwohl dann abschliessend einstimmig ja gestimmt wurde, dann können wir das nur schwer ändern. Ich sage Ihnen, uns liegt es am Herzen, dass wir dieses Reglement als Basis bekommen, auch für die kommenden Abstimmungen. Zum Reglement möchte ich Ihnen einfach ans Herz legen, dass die Arbeit des Fachjuristen, immerhin ein ausgewiesener Fachexperte, nicht so infrage gestellt wird, wie Sie das gerade gemacht haben.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Ich heisse noch Gemeinderat Nathanael Hug in unserer Mitte willkommen. Es sind somit 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr bleibt bei 18.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen:** Ich habe noch zwei Überlegungen als Reaktion auf die bisherigen Voten, auch auf das Votum von Stadtrat Hugentobler. Er hat jetzt viel davon gesprochen, dass wir Zeit gehabt hätten und dass die GPK die Chance gehabt hätte, alles noch zu verbessern. Und da wir das nicht genutzt hätten, müssten wir jetzt ja stimmen. Diese Argumentation weise ich gleich von mir und hoffentlich auch von euch. Schlussendlich haben wir die Verantwortung zu entscheiden, ob dieses Reglement, insbesondere Artikel 11 gut ist oder nicht. Und wenn wir jetzt, auch fünf Minuten vor der Abstimmung ein schlechtes Gefühl haben, können wir auch Nein stimmen und dann können wir auch dazu stehen, dass wir die Chance in der GPK versifft haben.

Eine zweite Bemerkung zum juristischen Berater, den die Stadt beauftragt hat: Seine Fachkompetenz stellt wohl niemand infrage, aber schlussendlich können wir uns nicht auf ihn verlassen, wir müssen uns in dieser Stunde auf uns selbst verlassen.

**Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im eigenen Namen:** Ich konnte Gemeinderat Wetli folgen. Wir hatten so ein Beispiel bei den Milchproduzenten. Es wurden Gebühren eingezogen ohne reglementarische Grundlage. Diese Gebühren wurden zurückbezahlt. Von diesem Punkt her muss ich sagen: aufgepasst. Jetzt ist die Frage: Was können wir noch machen? Fachjuristen – Sie kennen alle das Sprichwort: Zwei Fachjuristen, drei Meinungen. Das wäre vielleicht noch zu überprüfen, ob das wirklich so ist oder ob bei den anderen Kantonen, die das auch so machen, doch noch irgendwo ein Artikel ist, nach dem diese Kompetenz übertragen wird. Ich stelle den Antrag, eine dritte Lesung zu machen, damit der Stadtrat nochmals über die Bücher und das mit der Übertragung der Kompetenzen nochmals prüfen kann und wir dann noch einmal darüber diskutieren.

**Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im eigenen Namen:** Ich möchte mich ganz kurz noch einmal äussern, denn nach Rücksprache mit meinen Kolleginnen und Kollegen bin ich selber etwas im Dilemma, wie man diese Situation retten kann. Es ist klar, wir wollen nicht einen Scherbenhaufen produzieren, wir brauchen jetzt einen möglichst eleganten Ausweg aus dieser Situation, der für alle gangbar ist. Der Vorschlag von Kollege Gubler hat mir sehr gefallen, das wäre eine Möglichkeit. Wir haben vorhin auch kurz eine andere Variante diskutiert, dass wir es jetzt mit Änderungsanträgen noch probieren, in den Griff zu bekommen. Aber da kann ich jetzt nur für mich selber sprechen, ich selber bin nicht in der Lage, diese Änderungsanträge einfach so aus dem Bauch heraus zu formulieren. Dieses Risiko ist mir zu gross, das wäre nicht seriös, wenn wir das jetzt da ganz schnell versuchen würden. Das zur Frage der Delegationsnorm würden wir hier im Rat vielleicht hinkriegen, aber die zweite, viel schwierigere Frage mit der Obergrenze und dem Tarifrähmen ist nicht einfach so im Direktverfahren im Rat möglich. Wir sind zwar der Gesetzgeber, wir dürfen alles, aber davor würde ich eher warnen, sondern den Weg von Gemeinderat Gubler weiterverfolgen. Das würde es ermöglichen, diese Punkte auch mit den Spezialisten von Thurplus und der Stadt anzuschauen und dann eine Lösung einzubringen. Dann könnte man das in einer nächsten Sitzung so bereinigen. Wenn von anderer Seite aus dem Rat direkte Anträge kommen, wie man das detailgenau fixieren kann, bin ich offen, dann können wir das auch besprechen.

*[Dreiminütige Unterbrechung]*

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Ich informiere Euch über das, was wir im Büro diskutiert haben. Im Geschäftsreglement für den Gemeinderat Artikel 40 Absatz 3 steht: «Der Gemeinderat kann eine zweite Beratung beschliessen, sie findet an einer der folgenden Sitzungen statt.» Von einer dritten Beratung ist keine Rede, das ist vielleicht auch noch nie vorgekommen. Die Diskussion ist jetzt, ob man das so auslegen darf, dass man eine dritte Beratung

möglich macht. Im Büro haben wir beschlossen, wir wären froh, wenn die Fraktionspräsidenten zu uns kommen und wir das kurz mit ihnen zusammen beraten können, wie das weitere Vorgehen sein soll. Ich schlage vor, dass wir eine Pause von fünf Minuten machen. Wenn weitere Vorschläge kommen, können wir diese nachher behandeln. Aber die Frage der dritten Lesung muss jetzt beraten werden. Ich werde mit der Glocke wieder zusammenrufen, bitte entfernen Sie sich nicht zu weit vom Saal.

*[Neunminütige Unterbrechung]*

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP):** Wir haben im Büro darüber beschlossen, dass der Artikel 40 Absatz 3 so auszulegen ist, dass eine dritte Lesung grundsätzlich möglich ist. Es wurde nun der Ordnungsantrag von Gemeinderat Heinrich Christ gestellt, dass wir eine zehnminütige Diskussionspause machen, damit sich die Fraktionen absprechen können und wir dann mit der Sitzung weiterfahren.

#### **Abstimmung**

Der Ordnungsantrag auf eine zehnminütige Pause wird einstimmig angenommen.

*[Vierzehnminütige Unterbrechung]*

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Die Gemeinderäte Daniel Geeler, Michael Pöll und Pascal Frey mussten aus familiären Gründen die Sitzung verlassen. Somit sind 32 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt 17. Weil mit Pascal Frey ein Mitglied des Büros die Sitzung verlassen hat, ist eine Ergänzungswahl fürs Büro für diese Sitzung nötig. Ich bitte den Fraktionsvizepräsidenten der SP, Ralf Frei, einen Vorschlag zu präsentieren.

**Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Ich komme nicht darum herum, mich selbst für diesen Posten vorzuschlagen.

#### **Abstimmung**

Gemeinderat Ralf Frei wird für diese Sitzung einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Büromitglied gewählt.

**Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Wir möchten Ihnen vorschlagen, auf eine dritte Lesung zu verzichten und den stadträtlichen Antrag zu genehmigen und damit das Reglement durchwinken. Der Grund liegt darin, man ist sich nicht sicher, ob die Abstimmung im September wirklich durchgeführt werden kann, wenn wir kein Reglement verabschiedet haben. Zudem gibt es weitere Möglichkeiten, nach diesem Ja diese expliziten Punkte nochmals zu diskutieren, sei es über eine Motion, die aus dem Gemeinderat kommt, oder wir haben auch die Möglichkeit, wenn der Stadtrat die Verordnung erlässt, wieder über diese Verordnung zu befinden oder zu diskutieren. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir keine dritte Lesung machen und heute unsere Kompetenzen und unsere Verantwortung wahrnehmen und einen Schritt weitergehen.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Unsere Fraktion wird einer dritten Lesung mehrheitlich zustimmen. Wir sehen eine Chance darin, das Problem möglichst schnell zu bereinigen. Dass das Problem manifest ist, hat sich jetzt deutlich gezeigt. Eine Gefährdung der Volksabstimmung sehen wir nicht oder nicht mehr, als sie sowieso schon gefährdet ist, weil, auch wenn wir heute ja stimmen, eine 45-tägige Referendumsfrist einzuhalten ist. Zum Abstimmungstermin ist das Geschäft sowieso noch nicht abgeschlossen. Falls das alles anders kommt und wir gemeinsam das später mit einer Motion noch bearbeiten müssen, sind wir selbstverständlich mit dabei und werden uns konstruktiv einbringen. Ein dritter konstruktiver Weg wäre eine Rückweisung jetzt, dass gäbe dem Stadtrat die Chance, mit all seiner Fachlichkeit und in aller Ruhe das Thema Delegation und auch einen groben Tarifrahmen

zu definieren. Ein entsprechender Antrag aus dem Kreis unserer Fraktion wird gleich noch ergehen.

**Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen:** In minimaler Schriftlichkeit stelle ich den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts. Rückweisung klingt sehr brutal, ist aber eigentlich ein sehr konstruktiver Weg, denn wir geben dem Stadtrat respektive dem Amt, welches in diesem Zusammenhang mit Abstand die höchste Fachkompetenz hat, die Möglichkeit, es selbst abzuändern. Konkret wäre es die Überarbeitung von Artikel 11 mit einer Delegationsnorm und einem Tarifrähmen, wie bereits gefordert. Mir ist es ganz wichtig, dass wir aus meiner Sicht damit nicht ein Misstrauen, sondern sogar ein Vertrauen aussprechen. Wir wollen es nicht in die eigenen Hände nehmen, sondern wir wollen es dem Stadtrat und dem zuständigen Amt überlassen.

**Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im eigenen Namen:** Mit unserer Entscheidung von heute Abend prägen wir wahrscheinlich zu einem grossen Teil das Stimmverhalten unserer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Ende September zu diesen zwei Vorlagen zur Fernwärme, wenn wir heute Verwirrung stiften und nicht irgendwo eine Basis erreichen, wo wir sagen können, diese Fernwärme ist eigentlich etwas Schlaues. Am Schluss geht es ja um diese Röhren, die verlegt werden und die Wärme, die hindurchgeht. Wenn wir heute Verwirrung stiften, wenn wir da über einzelne Punkte eines Reglements, welches die Basis für die Geschäftstätigkeit von Thurplus in diesem Bereich dient, nicht einig werden, ist das auf diese Abstimmung hin nicht vertrauensfördernd. Und einer, der ein bisschen unentschlossen ist, sagt dann vielleicht Nein. Eigentlich sind wir ja wahrscheinlich alle dafür, dass wir die Fernwärme als alternative Möglichkeit zu heizen, für die Zukunft möglichst schnell realisieren können. Damit ist heute für mich nicht klar, wie gross der Kollateralschaden ist, wenn wir das Reglement heute nicht annehmen. Deshalb bin ich gleicher Meinung wie der Fraktionspräsident der FDP, Sandro Erné, dem Reglement heute zustimmen, auf eine dritte Lesung verzichten, denn die dritte Lesung ist kein Garant, dass wir nach der dritten, vierten und fünften Lesung weiter sind, als wir jetzt sind. Wenn wir es durchhaben, haben wir weiter die Möglichkeit, mittels einer Motion punktgenau dort Veränderungen zu erwirken und zu probieren, wo wir das Gefühl haben, das Reglement hat noch Schwachstellen. Ich rufe euch auf, das Reglement in der jetzigen Form zu genehmigen und auf eine dritte Lesung zu verzichten.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Ich wurde von Gemeinderatssekretär darauf aufmerksam gemacht, dass ein Rückweisungsantrag ein Ordnungsantrag ist und darum vor der Abstimmung über eine 3. Lesung direkt behandelt werden muss. Wünscht jemand das Wort zum Rückweisungsantrag?

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Ich lehne diesen Ordnungsantrag selbstverständlich ab, meine Meinung kennen Sie. Sie alle sind Gemeinderäte. Wir können jetzt Reglemente machen. Ich habe schon gemerkt, dass es im Saal Unsicherheit gibt, wer wirklich recht hat. Nichtsdestotrotz werde ich dem Reglement so oder so zustimmen und es ist Ihre Aufgabe, es auch so zu machen.

Ich hatte einmal sehr grossen Respekt vor unserem Stadtpräsidenten, dass er sich bei der Fernwärme entschuldigt hat. Ich mache das jetzt hier als Gemeinderat. Ich entschuldige mich bei der Bevölkerung von Frauenfeld und bei allen Mitarbeitern von Thurplus und der Stadt Frauenfeld über das, was wir heute hier machen. 109 Tage, um diese Daten zu lesen, 109 Tage, zwei GPK-Sitzungen, eine Gemeinderatssitzung – und das ist das Resultat. Egal, wer heute Abend hier recht bekommt, ich entschuldige mich offiziell für mich, dass ich als Gemeinderat so keinen Job mache.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Kurze Frage: An wen wird denn der Antrag zurückgewiesen?

**Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen:** Der Antrag würde an den Stadtrat zurückgewiesen.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Somit würde dies gleichgesetzt mit einer neuen Botschaft und einem neuen Reglementsentwurf?

**Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen:** Es reicht, wenn Artikel 11 angepasst wird. Damit wird die Delegationsnorm und ein Tarifraster eingeführt, damit wäre nur eine angepasste Botschaft nötig.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Und jetzt komme ich zum zweiten Punkt, zur Delegationsnorm. Lesen Sie bitte mal Artikel 34. Ich lese für Sie vor, damit Sie nicht blättern müssen. «Der Stadtrat erlässt eine Verordnung zu diesem Reglement und einen Gebührentarif.» Und das genau ist für unseren Juristen die Delegationsnorm. So wurde dies verstanden, so wurde dies in anderen Städten umgesetzt. Vielleicht sind wir besser als andere Städte, vielleicht hat unser beratender Jurist in diesem Metier auch nicht wirklich so den Durchblick. Ich befürchte, dass es zu einem Rohrkrepierer wird, wenn wir das jetzt einfach so weiterdümpeln lassen, zumal auch ausserhalb der Abstimmung Geschäfte anstehen. Wir sind momentan konkret am Erarbeiten von Angeboten gestützt auf ein Reglement, das Sie dann vielleicht im nächsten Jahr einmal verabschieden, wenn es so weitergeht. Es sind unterschiedliche Ansichten, das kann ich verstehen, aber was ich nicht verstehen kann ist, dass wir jetzt über 100 Tage nach der Überweisung dieser Botschaft darüber diskutieren.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Gibt es noch weitere Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir über diesen Rückweisungsantrag ab.

### **Abstimmung**

Der Rückweisungsantrag von Gemeinderat Elio Bohner wird mit 18 Nein-Stimmen bei 11-Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Somit setzen wir die Diskussion zum Antrag auf eine dritte Lesung fort. Gibt es hierzu noch Wortmeldungen?

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Ich denke, wir müssen jetzt ja nach dem Ziel blicken und das Ziel ist es für uns als Thurplus, dass wir möglichst bald über ein für alle annehmbares Reglement verfügen. Wie wir zu diesem Ziel kommen, ist für mich jetzt die Frage. Es herrscht Unsicherheit, es herrschen unterschiedliche Ansichten über Artikel und Reglementsteile resp. Artikel 11, der aus gewissen Kreisen gänzlich fehlt, obwohl er aus unserer Sicht eben delegiert worden war. Wie kommen wir nun an dieses Ziel? Ich möchte eigentlich verhindern, dass wir noch weitere GPK-Sitzungen unter dem neuen Präsidenten durchführen und weitere Lesungen machen. Es ist ja nicht wirklich vorgesehen, dass wir eine dritte Lesung machen, vielleicht kommt es auch zu einer vierten Lesung. Demzufolge würde ich beliebt machen, dass wir aus den Fraktionen die wirklichen Fachkräfte zusammenstellen, die in diesem Bereich Bescheid wissen, und dass wir mit den Delegierten da weiterarbeiten, damit wir eine abschliessende GPK-Sitzung machen können. Denn wenn wir so weitermachen, wird es schwierig. Ich habe jetzt festgestellt, GPK-Abstimmungen und GPK-Meinungen gelten nicht und die entsprechenden Ausführungen werden auch nicht in die jeweiligen Fraktionen weitertransferiert, demzufolge wäre es schön, wenn wir uns mit den Fraktionen auseinandersetzen können, wer da wirklich teilnimmt, resp. wer welche Aufgabe hat.

### **Abstimmung**

Der Antrag von Gemeinderat René Gubler auf eine dritte Lesung wird mit 16 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Damit beenden wir hiermit die Diskussion und werden uns noch einmal mit dem Geschäft befassen müssen und so einen dritten Versuch für eine Schlussabstimmung starten.

180

### **BOTSCHAFT NR. 39 «THURPLUS; KREDITFREIGABE VON 620'000 FRANKEN FÜR DEN BAU DER PHOTOVOLTAIKANLAGE AUF DEM DACH DES NEUBAUS HALLENBAD FRAUENFELD»**

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Die Botschaft vom 10. Mai 2022 wurde am 30. Juni 2022 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung, anschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein, das Vorgehen ist stillschweigend genehmigt.

### **EINTRETEN**

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Bau und Werke sowie der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Die GPK Bau und Werke und die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen haben an ihrer gemeinsamen Sitzung vom 16. August 2022 einstimmig beschlossen, der Kreditfreigabe von 620'000 Franken für den Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Hallenbadneubaus zuzustimmen. Die zwei GPKs haben beschlossen, dieses Geschäft gemeinsam zu beraten, da es sich beim Hallenbad um ein Geschäft der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen handelt, während Geschäfte von Thurplus zur GPK Bau und Werke gehören.

Das Projekt ist ein weiterer Meilenstein in der Förderung von sauberen, erneuerbaren Energien und setzt die Eigentümerstrategie von Thurplus und die Solarstromstrategie des Stadtrats in die Tat um. In diesem Rat haben wir ja beschlossen, dass Thurplus als städtische Energieversorgerin bei der Energiewende eine Schlüsselrolle spielen soll. Mit zusätzlichen rund 400'000 kWh Solarstrom im Jahr leistet sie einen wichtigen Beitrag dazu. Nach Erläuterung durch den Stadtrat und Thurplus wurden Grundsatzfragen diskutiert. Diese betrafen zum einen, wie der Ausbau des Betriebs von statten geht. Es wurde aber auch debattiert, ob auf die Oberlichter wirklich verzichtet werden kann. Auch über die Ausführung durch einen Drittanbieter wurde diskutiert. Alle Fragen konnten zur Zufriedenheit der Mitglieder beantwortet werden. Es herrschte Einigkeit, dass dies Thurplus und die Stadt in unserem Sinn machen. Zum einen liegt die Fachkompetenz für Strom- und Wärmeanlagen eindeutig bei Thurplus, zum anderen leistet unsere stadt-eigene Energieversorgung eine 30-jährige Garantie für die Anlage und den Betrieb. Die GPK Bau und Werke und die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen beantragen Ihnen einstimmig, auf die Vorlage einzutreten.

**Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Thurplus soll das Betreiben der PV-Anlage auf dem Hallenbad übernehmen. Dieser Entschluss basiert auf der PV-Strategie, welche den Zubau von zusätzlichen 5 Prozent des städtischen Gesamtstromverbrauchs zum Zweck hat. Thurplus hat auch konkret die Aufgabe, gemäss Artikel 2 Absatz 3 des Reglements über die Rechtstellung und die Aufgaben der Werkbetriebe – sprich Thurplus – erneuerbare Energien zu fördern. Da sie solche Anlagen ja schon auf und an anderen eigenen Gebäuden macht, ist das nicht fremd und macht absolut Sinn. Wir begrüssen die Vorgehensweise, dass bei der Detailplanung so optimiert wird, dass auch mehr Fläche genutzt werden kann. Gemäss Plänen geschieht dies durch Verzicht von Oberlichtern und weiteren Anpassungen in der Dachlandschaft. Dadurch wird auch in den Baukosten etwas eingespart, was für die Budgeteinhaltung gerade im Zusammenhang mit der Materialpreisteuerung auch nötig ist. Mehr dazu dann in der Detailberatung. Die Fraktion FDP ist für Eintreten.

### **Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion**

**CH/GP/GLP:** Da wir in der Detailberatung kein Votum mehr haben, nehme ich es gleich zum Eintreten. Wir möchten uns bei der Verwaltung für die Ausarbeitung der Botschaft Nr. 39 bedanken, welche auf eine verbesserte Ökobilanz des Hallenbads abzielt. Anlässlich unserer letzten Fraktions Sitzung kamen wir zum Schluss, dass wir den Antrag auf einen Kredit von 620'000 Franken gutheissen. Uns überzeugt das Anliegen dahinter, das Dach des Hallenbads mit zusätzlichen Solarpanels zu belegen und dieses damit möglichst effizient zu nutzen. Mit der dadurch zu erreichenden verbesserten Ökobilanz des Hallenbads kommt die Stadt dem Ziel in Richtung Ausstieg aus den fossilen Energien einen Schritt näher. Der Förderbeitrag aus dem Energiefonds der Stadt von 329'000 Franken sowie auch die Fördergelder des Bundes erleichtern die effektive Summe beträchtlich. Unserer Meinung nach wäre es auch sehr wichtig, beim Kanton anzuklopfen und dort zusätzlich noch weitere mögliche Förderbeiträge abzuholen. Die durch die grössere Solarpanelfläche verursachten Nettoinvestitionen von 175'000 Franken könnten damit eventuell nochmals reduziert werden. Die Aufrüstung der genutzten Dachfläche von 1'186 qm auf 1'890 qm wird vor allem durch den Wegfall der ursprünglich geplanten Oberlichter möglich. Weil damit tiefere Kosten pro Kilowatt-Peak resultieren, wird die Stromproduktion wirtschaftlicher. Dies erscheint uns richtig und sinnvoll. Ebenfalls in Betracht zu ziehen ist wohl der Wegfall des aufwändigen Unterhalts von Oberlichtern. Wichtig ist für unsere Fraktion, dass die zusätzlichen Module möglichst nicht aus Fernost stammen, insbesondere nicht aus China. Auch soll der zeitliche Ablauf der Planung dadurch nicht behindert werden. Eine Montage ebenfalls im März ist anzustreben, damit nicht zweimal ein Gerüst montiert werden muss und damit weitere Mehrkosten und Verzögerungen entstehen. Wir wünschen Thurplus und dem Amt für Freizeitanlagen und Sport viel Erfolg bei der Umsetzung mit möglichst wenig Liefer- und Produktionsengpässen und bedanken uns für das Engagement in Richtung weniger Verbrauch von fossilen Rohstoffen.

### **Abstimmung**

Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

### **DETAILBERATUNG**

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Bau und Werke sowie der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Die neue Solaranlage wird rund 60 Prozent grösser als die ursprünglich geplante, weil man anstelle der Dachfenster, also der sogenannten Oberlichter, zusätzliche Solarpanels anbringen kann. Ursprünglich waren 1'200 qm und eine Jahresproduktion von 240'000 kWh Strom geplant, jetzt erweitern wir es auf 1'900 qm und eine Jahresproduktion von rund 400'000 kWh, also rund 160'000 kWh zusätzlich. Die neue Photovoltaikanlage wird 620'000 Franken kosten, die Details dazu sehen Sie in der Botschaft. In der GPK-Sitzung wurden etliche offene Fragen durch die Verantwortlichen der Stadt und von Thurplus beantwortet.

**Eigentum:** Die PV-Anlage wird Eigentum von Thurplus, weil ja auch die Finanzierung der Nettoinvestitionen sowie Betrieb und Unterhalt von Thurplus geleistet werden.

**Öffentliche Ausschreibung:** Es wurde diskutiert, ob man diesen Auftrag hätte öffentlich ausschreiben sollen. Die GPK's kommen zum Schluss, dass in diesem Fall auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden kann, weil es sich bei der Murg-Badi um eine städtische Liegenschaft handelt und die Solaranlage Eigentum von Thurplus ist, also von Thurplus geplant, gebaut, betrieben und unterhalten wird und während 30 Jahren Garantie bekommt.

**Fördergelder vom Kanton:** Im Moment sind die Fördergelder vom Kanton limitiert. Sobald wieder Gelder zur Verfügung stehen, wird sich Thurplus darum kümmern.

Speicherung von Solarstrom: Der Solarstrom wird nicht gespeichert, sondern direkt verbraucht bzw. ins öffentliche Netz eingespeist. Es wird auch keine Netzgebühr erhoben, die Stromkosten sind sehr moderat.

Problem Lieferengpässe: Es wurde gefragt, ob wegen der internationalen Lage Lieferengpässe für Solarpanels befürchtet werden. Das kann nicht ausgeschlossen werden, aber auch die Verfügbarkeit von Handwerkern könnte ein Problem sein. Es wurde in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass die Solarpanels aus europäischer Produktion stammen sollten.

Die GPK Bau und Werke und die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen beantragen einstimmig Zustimmung zur Kreditvorlage.

**Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Vorab möchten wir loben, dass die Stadt die Gelegenheit nutzt und die Schlossbadi Frauenfeld mit einer grösseren Photovoltaikanlage ausstattet. Mehr Solarenergie, mehr Nachhaltigkeit, bessere Umweltbilanz – tipptopp so, das finden wir gut. Die wegfallenden Oberlichter sind da auch nicht mehr so wichtig, finden wir, obwohl wir uns natürlich schon gefragt haben, weshalb man erst jetzt auf diese Idee kommt bzw. erst jetzt feststellt, dass diese gar nicht nötig sind. Wie gesagt, mehr Solar, mehr Nachhaltigkeit, das ist aus unserer Warte gut und richtig. Wir sind daher mit der Grundidee der Botschaft auch einverstanden, wir werden dem Geschäft wohl auch zustimmen.

Die Überlegung der Stadt und von Thurplus, im Bereich der Solarenergie eigene Kompetenzen aufzubauen und auch künftig aktiv Ressourcen im Solarausbau in der Region investieren zu können, begrüßen wir, das ist für uns nachvollziehbar und ich hoffe, das wird dann auch umgesetzt. Fragen, die aufgekomen sind und die wir gern beantwortet hätten, sind folgende:

Die Photovoltaikanlage gehört ja Thurplus, die Kreditfreigabe erfolgt entsprechend auch für Thurplus. Wurde geprüft, ob die Erstellung der Solaranlage nicht im Rahmen des Budgets Neubau Hallenbad durch das Amt für Freizeitanlagen und Sport erfolgt und der Betrieb der Solaranlage beispielsweise mittels Unterhaltsvertrag mit Thurplus geregelt wird? Was waren dort die Überlegungen? Wir haben uns dies vor allem auch gefragt, weil der Förderbeitrag von 329'000 Franken für die Solaranlage ja zugunsten des Amtes für Freizeit und Sport für den Eigenbau der Solaranlage im Rahmen des Neubaus des Hallenbads lautet. Das wäre dann eine Auftragsvergabe an Thurplus oder an Private gewesen, das wäre korrekt gewesen. Jetzt werden die 329'000 Franken an Thurplus ausbezahlt, obwohl dazu kein Förderbeitrag in diesem Sinn vorliegt. Dieser Förderbeitrag müsste aus unserer Sicht für Thurplus gesprochen werden und das Amt für Freizeit und Sport müsste darauf verzichten. Ich weiss nicht, ob das gemacht wurde. Da wäre eine Erläuterung sicher interessant. Ich denke, wenn das nicht erfolgt ist, müsste es nachgeholt werden. Für uns nicht entscheidend für die Gesamtbotschaft, korrekter und sauberer wäre es aber gewesen. Ich würde es auch angenehm finden, wenn in künftigen Botschaften solche Überlegungen mit einem oder zwei Sätzen mehr ausgeführt werden.

Um kantonale Fördermittel, habe ich in der GPK gehört, werde man sich kümmern. Auch hier hätte man in einem Satz in die Botschaft schreiben können, wir schauen uns das noch an.

Nach den Fragen und der Kritik nun gern aber auch Lob von unserer Seite. Vielen Dank für die Erstellung der Botschaft, vor allem aber auch für die Initiative und den verstärkten Solarausbau in der Region Frauenfeld. Wir finden das gut und finden es auch gut, dass man die Gelegenheit jetzt nutzt. Inhaltlich sehen wir solche Botschaften sehr gern, ich finde einfach, formell hatte diese hier noch Potenzial.

**Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Apropos Baukosten: Durch die Kreditfreigabe an Thurplus reduziert sich die gesprochene Kreditsumme des Badi-neubaus um rund 330'000 Franken. Dieser Betrag war nämlich ursprünglich im Kredit für eine PV-Anlage drin, eben beim anderen Amt. Da diese neu durch ein anderes Amt betrieben würde,



fällt das aber in eine andere Rechnung, dies nur als Hinweis für die Baukommission, wenn nach der Erstellung des Hallenbads die definitiven Baukosten transparent aufgezeigt werden sollen. Diese Tatsache ist in der Botschaft nur sehr schwer herauslesbar.

Zum technischen Teil: Die Anlage kann neu rund 15 Prozent des Eigenbedarfs pro Jahr decken. Es scheint ein kleiner Tropfen auf einem heissen Stein zu sein. Rund 6'000 Franken pro Jahr kostet uns diese eben nicht ganz Gratis-Energie auf 30 Jahre hinaus. Rechnet man mit einer Produktion von rund 350'000 kWh pro Jahr, dann wären das Stand heute etwa 70'000 Franken pro Jahr, was die Badi an Strom einkaufen müsste. So kann sicher gesagt werden, dass diese Investition nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll ist, selbst wenn man die Folgekosten ohne die Fördergelder rechnen würde.

Weiteres Vorgehen aus Verfügbarkeitsgründen und Preisstabilität: Wenn dieser Kredit gesprochen wird, muss unverzüglich die Ausschreibung auf die Auftragsvergabe an einen Unternehmer stattfinden. Je länger gewartet wird, desto weniger stabil wird ein Preis sein. Der prognostizierte Totalpreis von rund 620'000 Franken mag jetzt noch realistisch sein, da aber sehr viele Unternehmen volle Auftragsbücher haben und diese weiterreichen als gewohnt, werden die Angebote stetig weniger als die Nachfrage sein. Das bedeutet einen höheren Preis. Zudem sind zum Teil auch Materialkomponenten nicht verfügbar und man hat weniger Alternativen, einen günstigen Preis zu halten. Materiallieferanten schützen in der heutigen Situation auch den Unternehmer nicht mehr, nachdem er einen Auftrag erhalten hat. Das Auslieferdatum ist entscheidend. Somit muss hier vorwärtsgemacht werden. Wir bitten deshalb den Rat, diesem Antrag im Sinne ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit zuzustimmen, damit Thurplus mit diesem Projekt sofort weitermachen kann. Die Fraktion FDP stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Wir danken dem Stadtrat für die Botschaft und schätzen, dass der Neubau des Hallenbads während des Bauprozesses ständig optimiert wird. Durch den Wegfall der Oberlichter wird die nutzbare Fläche für die Photovoltaikanlage grösser und gerade in der jetzigen Situation scheint es sinnvoll, diese auch wirklich zu vergrössern. Zu beachten gilt aber, dass gemäss Informationen anlässlich der GPK-Sitzung 15 Prozent des Bedarfs an Stromverbrauch mit der Photovoltaikanlage abgedeckt werden können und beachtliche 85 Prozent immer noch Fremdstrom sind. Immerhin, aber doch 6 Prozent mehr als in der zuerst geplanten Anlage. Auch wurde die Teuerung nicht eingerechnet und es gibt aktuell keine Preisgarantie. Wir freuen uns aber über die 20'000 Franken Ersparnis im Jahr, die durch den tiefen Solarstrompreis von 5.7 Rappen pro Kilowattstunde zustande kommen. Das Amt für Freizeitanlagen und Sport stellt die Dachfläche zur Verfügung, finanziert und betrieben wird die Anlage durch Thurplus. So können gemäss Antwort des Stadtrats Synergien genutzt werden, und weil der gesamte Stadtrat den Auftrag für den Bau erteilt, ist die Vereinbarkeit der departementsinternen Interessen gegeben. Unsere Fraktion steht dem aber weiterhin kritisch gegenüber. Die Fraktion SVP/EDU wird dem Antrag in der Botschaft mehrheitlich zustimmen.

**Gemeinderätin Renate Luginbühl (EVP), Referentin im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Botschaft. Unsere Fraktion hat das Geschäft beraten und es findet unsere Unterstützung. Der Vorschlag entspricht der Photovoltaikstrategie von Thurplus sowie den energiepolitischen Zielen der Stadt Frauenfeld. Die Photovoltaikanlage kann durch optimierte Anordnung entscheidend vergrössert werden. Die Fläche mit Panels verdoppelt sich beinahe. Die zusätzliche Stromproduktion beträgt ca. 150'000 kWh, das bedeutet eine verbesserte Wirtschaftlichkeit, da die Kosten pro Kilowatt tiefer sein werden. Der Strombezug ab Photovoltaikanlage ist wegen der Förderbeiträge sehr tief. Da in Zukunft mit viel höheren Stromtarifen zu rechnen ist, wird der Bezug dieses Stroms noch rentabler ausfallen. All diese Fakten überzeugen. Es kam bei uns die Frage auf, ob beim Kredit noch mehr Reserve eingeplant werden müsste. Die Grundlagen ändern ständig und viele Unsicherheiten bezüglich Preis und Materiallieferung werden sicher noch länger bestehen bleiben. Somit kann unseres Erachtens bei den eingesetzten 25 Prozent verblieben werden. Es gibt keine genaueren Anhaltspunkte.

te, erst die Schlussabrechnung wird uns darüber Aufschluss geben. Die Fraktion Die Mitte/EVP stimmt dem Kredit von 620'000 Franken für die Photovoltaikanlage einstimmig zu.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Besten Dank für die Voten mit der grundsätzlichen Zustimmung. Ich habe zwei, drei Ergänzungen.

Gemeinderat Tobler hat festgestellt, wieso die Oberlichter erst jetzt eingespart wurden. Dies ist einfach zu erklären: Weil ein Wettbewerbsprojekt einfach weiterentwickelt und optimiert wird und stetig optimiert wird. Im Rahmen von Eco, der Zertifizierung Minergie P-Eco standen die auch zur Diskussion, dementsprechend wurden sie in diesem Prozess dann gestrichen. Es wurde geprüft, das wurde auch an der GPK-Sitzung so gesagt, dass die Anlage wie ursprünglich angenommen durch das Amt für Freizeit und Sport hätte ausgeführt werden können oder in Auftrag gegeben. Wir sehen aber, wie in der Botschaft aufgeführt, die Vorteile, wenn wir dies über Thurplus machen. Die Kosten sind das eine, wir sparen beim Betrieb jährlich rund 22'000 Franken ein, das andere ist, dass wir uns zum Ziel gemacht haben, dass die Kompetenzen gebündelt werden und diese gerade im PV-Bereich bei Thurplus anzusiedeln sind, nicht dass jedes Amt allein wurstelt.

Zur Förderung durch den Kanton kann ich so viel sagen, der Kanton fördert nur Anlagen mit geringer Eigenverbrauchsquote. Da wir aber praktisch 95 Prozent des produzierten PV-Stroms im Eigenverbrauch haben, dürfen wir auch nicht mit einer Förderung seitens Kanton rechnen, demzufolge ist das auch nicht aufgeführt.

Zu Gemeinderat René kann ich sagen, dass die Kosten des Neubaukredits selbstverständlich um diese etwas mehr als 300'000 Franken reduziert werden. Das wurde an der GPK-Sitzung so erläutert und ist bereits in der Prognose der Baukostenabrechnung so festgehalten.

Christa Zahnd hat festgestellt, die Teuerung sei nicht eingerechnet. Habe ich Sie richtig verstanden? Wir haben eine Reserve von 25 Prozent oder den Betrag von 116'000 Franken eingerechnet.

Wir empfinden das Projekt als ökologisch gut und es trägt auch zur verbesserten Wirtschaftlichkeit der Anlage bei. Auch zählt es zu den guten Beispielen von übergreifender Zusammenarbeit ganz im Sinn der Sache und des Steuerzahlenden. Ob ich jetzt da beide Ämter vertrete und das gut ist oder nicht, ob ich da jetzt irgendwo ein Eigeninteresse hätte – ich glaube, das können Sie sich selbst beantworten. Ich mache meinen Job im Sinn der Sache und der Steuerzahlenden. In dem Sinn bedanke ich mich, wenn Sie das unterstützen. Und ich bedanke mich auch bei den Teams, die das Projekt vorangetrieben haben.

## **BESCHLUSSFASSUNG**

Der Antrag des Stadtrats gemäss Botschaft wird mit 29 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten und kommen, bevor wir zum Apéro gehen können, zu den zwei Verabschiedungen.

Liebe Renate, nun habe ich die Ehre, dich offiziell zu verabschieden. Seit Februar 2018 bist du als Nachfolgerin von Christian Wälchli Mitglied des Gemeinderats. Du warst während den ganzen viereinhalb Jahren Mitglied des Büros und hast den Blick von oben auf den Rat genossen. In deine Zeit im Büro fielen die herausfordernden Zählungen unter Covid-Bedingungen, in denen euch zur Ausübung eurer Tätigkeit die Stadt eigentlich Feldstecher hätte zur Verfügung stellen sollen, damit ihr auch die hintersten Stimmen des Gemeinderats mit Sicherheit bestimmen und

zählen konntet. Nun, du und deine Kolleginnen und Kollegen haben das ohne Feldstecher gemeistert. Wir erinnern uns, ab und zu mit einer Ehrenrunde, aber schlussendlich immer korrekt.

Liebe Renate, du hast dein Wissen aus deiner Zeit in der Schulpflege und aus deinem beruflichen Umfeld während drei Jahren der GPK Bau und Anlagen zur Verfügung gestellt und deine Weinexpertise jeweils unseren nachrätlichen Fraktionszusammenkünften. Nun musst du dein Amt leider aus gesundheitlichen Gründen abgeben. Wir wünschen dir gute Genesung, Zeit für Neues und danken ganz herzlich für dein Engagement im Rat. Gern überreiche ich dir noch einen kleinen Abschiedsgruss aus dem Rat und danke dir ganz, ganz herzlich für deinen Einsatz.

**Gemeinderätin Renate Luginbühl (EVP), Referentin im eigenen Namen:** Ich bedanke mich bei euch allen für die Jahre, die wir miteinander hatten. Sei es fürs Diskutieren und Austauschen hier im Rat oder auch in der Kommission, man profitiert ja immer auch selber etwas. Ich wünsche dem Stadtrat und dem Gemeinderat auch in Zukunft viel Geschick und gutes Gelingen bei den anstehenden Herausforderungen. Danke.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Die zweite Verabschiedung muss ich in Mundart halten. Wir haben es heute gemerkt, wann immer es bei Stefan Geiges im Rat «ans Läbige» ging, dann hat er auf Mundart gewechselt, und die Verabschiedung von Stefan geht schon ein bisschen «ans Läbige».

Lieber Stefan, du hast am 1. Juni 2003 als neu gewählter noch CVP-Gemeinderat im Rat angefangen. Die 20 Jahre hast du nicht ganz geschafft, es sind 19 Jahre. Und für dich gab es während dieser Zeit nur Vollgaspolitik. Deshalb warst du neben dem Rat auch in diversen Kommissionen tätig, unter anderem 20 Jahre, dort hast du es geschafft, in der Fachkommission Öffentliche Sicherheit und in Kommissionen zur Überarbeitung diverser Reglemente. Seit Juli 2019 bist du Präsident der Geschäftsprüfungskommission Bau und Werke und daneben hast du auch schon vorher in diversen Ämtern für die Stadt gewirkt. 16 Jahre lang Fachkommission Stadtbusbetrieb, Zivilschutzkommission, Vertreter Zivilschutz Region Frauenfeld, Delegierter Abwasserverband Region Frauenfeld. Zum Glück hast du eine liebe Frau und deine Firma, sonst könnten wir fast Angst bekommen, dass es dir nach deinem Rücktritt langweilig wird. Vielleicht reicht es ja jetzt dann für ein bisschen mehr Freizeit. Wer weiss.

In unseren Fraktionssitzungen hast du mir ganz am Anfang manchmal schon ein bisschen Angst gemacht, wenn du mit Leidenschaft und deftigen Worten deine Überzeugungen vertreten hast. Und ich denke, dass manchmal auch der eine oder andere Stadt- und Gemeinderat ein bisschen den Schlotteri bekommen hat, wenn Stefan Geiges ans Mikrofon getreten ist und eine andere Meinung als sie vertreten hat. Du warst als Vertreter der Wirtschaft und auch der KMU nie verlegen, deine Meinung fadengrad zu sagen, auch wenn du in der Minderheit warst und deine Worte vielleicht auch nicht gern gehört worden sind. Insbesondere beim Aufgleisen einer zukunftsfähigen Form des Wärmerings hast du dich zusammen mit Kollege Hausammann mit riesigem Engagement erfolgreich und gegen viel Widerstand ein- und durchgesetzt. Und es hat sich gezeigt, es war richtig und wichtig.

Stefan, mit deinem Rücktritt wird es im Rat auf jeden Fall ein bisschen ruhiger, vielleicht manchmal auch ein bisschen friedlicher, aber es werden andere an die Säcke müssen, die sich getrauen, unbequeme Fragen zu stellen und sich Zeit nehmen, diesen Fragen ganz gründlich nachzugehen.

Lieber Stefan, du hast mich nicht nur erschreckt, ich habe auch sehr viel von dir gelernt. Deine Erfahrung als Unternehmer, deine Leidenschaft als Patron für die Wirtschaft und auch für deine Arbeiter haben mir manches von einer anderen Seite gezeigt. Auch wenn du bald nicht mehr im Rat politisierst, wird deine Geiges AG die Stadt Frauenfeld weiter mitgestalten und eure Abschränkungen werden uns noch oft unbequem im Weg stehen und uns zu Umwegen zwingen. Die Arbeitsfelder werden dir sicher nicht ausgehen. In diesem Sinn danke ich dir für dein riesiges

Engagement im Rat und auch für die Stadt und ich freue mich, dass ich auch dir von ganzem Herzen ein Abschiedsgeschenk überreichen darf.

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute Abend geht etwas zu Ende, das Spass gemacht hat, das super war. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, zuerst beim Stadtrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Ich möchte mich auch bei der linken Ratsseite bedanken. Auch wenn man nicht immer der gleichen Meinung war, haben wir etwas gemacht und die Stadt weitergebracht. Ich möchte mich bei den bürgerlichen Gemeinderäten bedanken für die erhaltene und erarbeitete Unterstützung. Es war nicht immer ganz einfach. Speziell möchte ich mich bei meiner Fraktion bedanken. Ganz speziell bedanken möchte ich mich auch bei der Stadtverwaltung, insbesondere bei Giusi. Ich finde es genial und souverän wie du deinen Job machst, Chapeau! Wenn Du mal ein Angebot brauchst, dann denk an mich. So Leute wie Dich kann man brauchen, also wirklich souverän und unparteiisch. Ein ganz grosser Dank auch an meine Familie, an meine Frau und meine Kinder, die mich jahrelang unterstützt und den Rücken freigehalten haben. Sensationell! Meine Tochter sagte schon von klein auf immer: «Papi, egal was Du machst, ich stehe hinter Dir!». Mit diesen Worten, tschau zäme und macheds guet! Danke.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Wie per Mail angekündigt, haben wir alle die Gelegenheit, mit Stefan und Renate auf ihren Einsatz hier im Rat anzustossen, sie laden uns gleich noch zu einem kleinen Apéro ein. Wenn der Champagner oder der Weisswein nicht mehr allzu kühl ist, müssen wir uns das selber zuschreiben. Ich danke herzlich für den Apéro.

Gemeinderat Stefan Vontobel hat eine Einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel «Energieversorgung der Stadt Frauenfeld».

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 21. September 2022 um 18:00 Uhr statt. Es ist unter anderem die Fragestunde, Fragen müssen bis spätestens Sonntag, 4. September per Mail an den Gemeinderatssekretär zugestellt werden. Wie bereits per Mail angekündigt, bitte ich für den effizienten Ablauf der Fragestunde, die Formulierungen der Fragen möglichst kurz zu halten.

Jetzt geht mein Dank für das aktive und konstruktive Mitdiskutieren an Sie alle, an Giuseppe D'Alelio für seine grosse Unterstützung und an das Team der Stadtkanzlei für alles, was sie geleistet haben. Danke auch an die Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck. Ich erkläre somit die Gemeinderatssitzung für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:20 Uhr

\*\*\*